

Presseerklärung

Klimakrise: Lasst die Bürger:innen ran!

Extinction Rebellion Deutschland begrüßt den Mut der französischen Bürger:innenversammlung zur Klimapolitik und fordert den Bundestag auf, dem Beispiel aus dem Nachbarland zu folgen.

29.06.2020 - Mit großer Zustimmung reagiert die Klimagerechtigkeitsbewegung Extinction Rebellion (XR) auf das neue französische Modell klimapolitischer Entscheidungsfindung. In der vergangenen Woche waren die weitreichenden Beschlüsse der dortigen Bürger:innenversammlung für Klimapolitik ("Convention Citoyenne pour le Climat") bekannt geworden, dessen Mitglieder zuvor zufällig ausgelost worden waren. "Der Vorstoß Frankreichs bestätigt uns in unserer Forderung nach der Einberufung einer Bürger:innenversammlung für Klimagerechtigkeit und Maßnahmen gegen die ökologische Katastrophe", sagt XR-Aktivist Lorenz Kramer aus der AG Bürger:innenversammlung.

Nur wenige Tage zuvor hatte der Ältestenrat im Bundestag ebenfalls einen "Bürgerrat" als neue Form der Bürger:innenbeteiligung in Deutschland beschlossen. Dies ist aus Sicht von XR und anderen Akteur:innen ein wichtiger Schritt für die Weiterentwicklung der Demokratie. Kritisch sieht die Bewegung allerdings das gewählte Thema "Deutschlands Rolle in der Welt", das keine klar umrissene Problemstellung darstellt. "Klimagerechtigkeit und die ökologische Katastrophe müssten zwangsläufig zu dem Thema gehören, bislang ist das aber völlig unklar", sagt Kramer. "In jedem Fall befürchten wir, dass dieses komplexe Thema an den angesetzten drei Wochenenden nicht ausreichend behandelt werden kann." Eine ausgewogene Informationsphase und ausgiebige Beratungen zählen zu den Erfolgsfaktoren für geloste Bürger:innenversammlungen. Die an sieben Wochenenden erarbeiteten ambitionierten Empfehlungen der französischen Bürger:innenversammlung für das Klima unterstreichen dies.

Frankreichs Präsident Macron hatte dem Gremium vorab drei Möglichkeiten für die Weiterverwendung seiner Empfehlungen zugesagt. Diese umfassen Gesetzesvorlagen, Volksabstimmungen sowie die direkte Umsetzung per Regierungsdekret. "Wir erwarten vom Bundestag einen ähnlich verbindlichen Umgang mit den Ergebnissen wie in Frankreich", erklärt XR-Aktivistin Okka Lou Mathis aus der AG Bürger:innenversammlung.

"Bürger:innenversammlungen haben sich besonders bei politisch festgefahrenen und gesellschaftlich polarisierenden Themen bewährt", erklärt Mathis. "Das Beispiel aus Frankreich zeigt: Bürger:innenversammlungen sind das Mittel der Wahl, um der bisherigen klimapolitischen Mutlosigkeit etwas entgegenzusetzen, denn sie begünstigen gemeinwohlorientierte Lösungen."

Pressekontakt:

Lorenz Kramer, 0157 770 13 643